



Tagesordnung I Punkt 11.1 der öffentlichen Sitzung am 18. Mai 2017

Antrags-Nr. 17-F-20-0004

Grundwerte des Zusammenlebens in Wiesbaden

- Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 18.05.2017 -

Die Landeshauptstadt Wiesbaden ist seit Jahren Vorreiter in Fragen der Integration. Angefangen mit der Umstrukturierung der Ausländerbehörde zum Integrationsamt, über die Wiesbadener Integrationsvereinbarung oder dem ersten Ausländerbeirat in Hessen, war die Stadt Wiesbaden immer vorbildlich um ein gutes Zusammenleben aller in Wiesbaden lebenden Menschen bemüht. Zudem besteht seit Jahren die Vereinbarung zwischen den Demokratischen Parteien in der Stadt, dass die politische Auseinandersetzung nicht auf dem Rücken von Migrantinnen und Migranten geführt wird.

Im Zusammenhang mit dem vor allem im Jahr 2015 wachsenden Anteil an Flüchtlingen in Wiesbaden ist es Politik, Verwaltung und unzähligen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern gelungen, den vor Krieg- und Vertreibung geflüchteten Menschen erste Unterkunft zu gewähren und dies ohne große gesellschaftliche Konflikte heraufzubeschwören.

Im Gegenteil, hat die Wiesbadener Stadtgesellschaft auf beeindruckende Art und Weise mit einer Demonstration für Vielfalt in unserer Stadt unterstrichen, dass die übergroße Mehrheit der Menschen in unserer Stadt, Vielfalt als Chance begreift. In Wiesbaden haben wir damit gute Erfahrungen gemacht, so ist unsere Stadt seit der Zeit der Weltkurstadt eine international verflochtene und von ihrer Vielfalt und Weltoffenheit profitierende Stadt.

Ein gutes Zusammenleben in Wiesbaden ist allerdings nur gewährleistet wenn die mit der Vielfalt und der unterschiedlichen Herkunft der hier lebenden Menschen verbundenen Schwierigkeiten ebenfalls erkannt und benannt werden und Politik und Stadtgesellschaft weiterhin, gemeinsam mit an konstruktiven Problemlösungen arbeiten und keiner den kurzfristigen politischen Vorteil auf Kosten unseres städtischen Zusammenlebens sucht.

Die Stadtverordnetenversammlung wolle daher beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung bekräftigt, dass sie unter Integration den dauerhaften Prozess der Eingliederung von Zuwanderern und Menschen mit Migrationshintergrund in das soziale und kulturelle Spektrum der Aufnahmegesellschaft, sowie die Angleichung ihrer Lebenslagen ohne Aufgabe der jeweils eigenen kulturellen Identität versteht, wie es im Integrationskonzept der Landeshauptstadt niedergelegt ist.

Der Magistrat wird gebeten zu berichten, was in Wiesbaden bisher getan wurde damit Integration in unserer Stadt gelingen konnte und was aus seiner Sicht zukünftig getan werden soll, um Integration weiter zu verbessern.

Weiterhin soll der Magistrat berichten, welche Chancen mit der Vielfalt der Menschen in unserer Stadt aus seiner Sicht verbunden sind, welche Probleme er sieht und wie er diesen begegnen will.

Beschluss Nr. 0219

Der gem. Antrag von SPD und Bündnis90/Die Grünen vom 18.05.2017 betr.

Grundwerte des Zusammenlebens in Wiesbaden

wird angenommen.

Dem Magistrat
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Wiesbaden, .05.2017

Gabriel
Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat
-16 -

Wiesbaden, .05.2017

Dezernat VI
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Gerich
Oberbürgermeister